



Vierteljähriger Abonnementpreis, in Breslau 12½ Thlr., Wochen-Abonnement 5 Gr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 21½ Thlr. — Subscriptionsgebihr für den Raum einer sechsteljährigen Zeile in Beitragschrift 2 Gr., Reklame 5 Gr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Aufsteller Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 530. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Reichstages. (11. November.)

1 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Kloß:

I. Die Überschrift des Capitols IV. der Geschäfts-Ordnung dahin zu ändern: „Behandlung der Interpellationen und der Übersichten der vom Bundesrat gefassten Entschließungen auf Beschlüsse des Reichstages.“

II. Der Geschäfts-Ordnung folgenden neuen, § 31a. einzufügen: Die Übersicht der vom Bundesrat auf die Beschlüsse des Reichstages gefassten Entschließungen wird zum Druck und zur Vertheilung befördert. Binnen 14 Tagen nach erfolgter Vertheilung ist jedes Reichstagsmitglied berechtigt, das Zeichen zum Gegenstande von Bemerkungen zu machen, welche sich jedoch zu befragen haben a) auf den Mangel der Erledigung bestimmt anzuführender Punkte, b) auf die Unvollständigkeit der gegebenen Auskunft. Diese Bemerkungen sind dem Präsidenten schriftlich einzureichen.

Diejenigen Beschlüsse des Reichstages, welche durch Zustimmung oder Ablehnung des Bundesrates ihre Erledigung gefunden haben, dürfen nicht zum Gegenstande der Bemerkungen gemacht werden.

Sind innerhalb der vierzehntägigen Frist Bemerkungen eingegangen, so werden diese dem Reichskanzler mitgetheilt und sodann auf die Tagesordnung gesetzt.

Bei der Verhandlung im Plenum erhalten außer den Vertretern des Bundesrates nur diejenigen Mitglieder das Wort, welche die Bemerkungen schriftlich eingerichtet haben.

Die Stellung eines Antrages ist bei dieser Verhandlung unzulässig, es bleibt aber jedem Mitgliede des Reichstages überlassen, den Gegenstand in den regelmäßigen Formen der Geschäftsordnung weiter zu verfolgen.

Abg. Kloß verzichtet zunächst auf das Wort und wird es nur dann nehmen, wenn sein Antrag angegriffen werden sollte.

Abg. Adermann ist mit denselben einverstanden, nur will ihm die Verabschiedung, daß auch vom Bundesrat definitiv abgelehnte Anträge des Reichstages nicht zum Gegenstande von Bemerkungen gemacht werden sollen, nicht gefallen. Gerade dann, zumal wenn die Ablehnung gar nicht oder nur ungängig motivirt sein sollte, würde die Gelegenheit von Werth sein, sich darüber zu äußern. Einen besonderen Antrag will der Redner jedoch nicht einbringen, weil die ganze Einrichtung nicht viele Freunde im Hause hat.

Abg. Windthorst bezeichnet den gesperrt gedruckten Passus, der nur diejenigen Mitglieder zum Worte verläßt, welche iuristische Bemerkungen eingereicht haben, als eine nicht zu rechtfertigende Beschränkung, der er stets widersprechen werde, und über welche er den Präsidenten besonders abstimmen zu lassen bitte.

Abg. von Bernuth tritt für den Antrag Kloß ein, weil es sehr wohl vorkommen kann, daß die Begründung einer Ablehnung bedeutlich erscheint, ohne daß deshalb Anlaß zu einer Diskussion vorliegt.

Abg. Windthorst erklärt überhaupt kein Freund einer Einrichtung zu sein, die schließlich doch nur eine Stolzübung und ein theilweises Versteckspiel ist. Soll aber die Sache einmal angefaßt werden, dann zwingt der Parlamentarismus prinzipiell dazu, alle Mitglieder zur Diskussion zuzulassen.

Abg. von Unruh hält eine Beschränkung in dieser Beziehung ebenfalls für unzulässig, weil es ganz unparlamentarisch ist, in der Geschäftsordnung festzusehen, daß an einer bestimmten Diskussion nur gewisse Mitglieder teilzunehmen sollen.

Abg. Kloß: Der Antrag hat nur den Zweck, in etwaige Undeutlichkeiten der Entscheidungen des Bundesrates auf Anträge des Reichstages Klarheit zu bringen. Hat der Bundesrat einen Antrag des Reichstages einfach angenommen oder abgelehnt, so ist die Sachlage klar. Ist dagegen die Entscheidung des Bundesrates zwischen diese beiden äußersten Punkte gefallen, so kann eine Rückfrage zur Aufklärung wünschenswert sein. Im Interesse der Geschäftsführung des Reichstages ist aber eine möglichste Verdränung dieser Anfragen dringend nothwendig. Was die Verdränung angeht, die mehrere Vorredner unzulässig gefunden haben, so hat ja der Reichstag in seiner Geschäftsordnung ähnliche Beschränkungen. Ein Antrag kann nur eingebrochen werden, wenn er von einer gewissen Anzahl von Mitgliedern unterstützt wird; nach der Verlesung einer Interpellation kann die Diskussion nur auf Antrag von 50 Mitgliedern eröffnet werden. Diese Verdränung hat sich der Reichstag deswegen auferlegt, weil er eine Diskussion nur dann eröffnen will, wenn sich ein großer Theil der Mitglieder dafür interessirt. Als eine analoge Beschränkung kann er sich sehr wohl auferlegen, besonders in einem Halle, wo er über eine Sache schon debattiert und beschlossen hat. Die gesetzliche Behandlung der Übersicht der Entschließungen des Bundesrates hat ja nur den Zweck die etwa fehlenden Informationen nachträglich zu verschaffen.

Der vom Abg. Windthorst angegriffene Passus wird darauf mit 126 gegen 115 Stimmen gestrichen, im Uebrigen aber der Antrag Kloß angenommen.

Die neue Form der Abstimmung durch Zählung der Mitglieder, die aus zwei gegenüber liegenden Thüren in den Saal eintreten, war in der vorigen Session nur auf Probe adoptirt und als eine provisorische, nur für die vorige Session und die ersten vier Wochen der laufenden gültige Einrichtung in die Geschäftsordnung angenommen worden, so daß sie auch heute noch, und zwar so eben anlässlich des Windthorstschen Antrages, zur Anwendung kommen konnte. Es handelt sich jetzt darum, sie als einen bewährten Abstimmungsmodus definitiv in die Geschäftsordnung (§ 52a) aufzunehmen und ein darauf gerichteter Antrag des Abg. v. Unruh wird einstimmig angenommen.

Als dann wird die gestern unterbrochene zweite Berathung des Gesetzeswurfs über Markenrecht fortgesetzt. § 8, welcher bestimmt, daß demjenigen, welcher ein Waarenzeichen zuerst zur Eintragung angemeldet hat, das ausschließliche Recht zu dessen Benutzung zustehe, und § 9, nach welchem auf Waarenzeichen, welche landesgesetzlich geschützt sind, und solche, welche bis zum Beginn des Jahres 1875 im Verkehr allgemein als Kennzeichen der Waaren eines bestimmten Gewerbetreibenden gegolten haben, Niemand ein Recht erwerben kann, sofern jene Zeichen vor dem 1. October 1875 von denen, welche die Zeichen bisher führten, angemeldet werden, werden ohne Diskussion genehmigt.

§ 10 wird in folgender von dem Abgeordneten Grimm vorgeschlagenen Fassung angenommen: „Durch die Annahme eines Waarenzeichens (in der Vorlage hiess es „eines landesgesetzlich geschützten Waarenzeichens“), welches Buchstaben oder Worte enthält, wird Niemand gehindert, seinen Namen oder seine Firma, sei es auch in abgekürzter Gestalt, zur Kennzeichnung seiner Waaren zu gebrauchen. Auf Waarenzeichen, welche bisher im freien Gebrauche aller oder gewisser Klassen von Gewerbetreibenden sich befinden haben oder deren Eintragung nicht zulässig ist, kann durch Annahme Niemand ein Recht erwerben.“

Die Diskussion und Abstimmung über § 11 wird auf den Vorschlag des Abg. Dr. Oppenheim bis nach erfolgter Abstimmung über § 12 und den vom Abg. Dr. Baehr beantragten Zusatzparagraphen 12a. ausgeführt.

§ 12 wird berauf ohne Diskussion genehmigt. Nach demselben erhält das durch die Annahme eines Waarenzeichens erlangte Recht mit der Zulässigkeit der Annahme oder mit dem Antrage auf Löschung Seitens des Inhabers der berechtigten Firma; und mit dem Eintritte eines der im § 5, Nr. 1 bis 3 bezeichneten Fälle.

Der vom Abg. Dr. Baehr beantragte Zusatz-Paragraph 12a lautet: „Jeder inländische Producent oder Handelsbetrieb kann gegen Denjenigen, welcher widerrechtlich Waaren mit dem Namen oder der Firma des ersten, oder mit einem Waarenzeichen, auf dessen Gebrauch der Erste ausschließlich berechtigt ist, im Civilrechtswege beantragen, daß Letzterem das Recht zu dieser Bezeichnung aberkannt und der fernere Gebrauch derselben verboten wird. Desgleichen kann der verlebte Producent oder Handelsbetrieb gegen Denjenigen, welcher widerrechtlich bezeichnete Waaren in Verkehr bringt oder seihält, im Civilrechtswege beantragen, daß dem Letzteren der Betrieb der so bezeichneten Waaren verboten wird.“

Abg. Dr. Baehr empfiehlt mit wenigen Worten die Annahme seines

Antrags im Interesse der Klarstellung über die Frage, ob neben dem Strafverfahren eine Geltendmachung des Entschädigungsanspruchs im Wege des Civilprozesses zugelassen sei.

Geh. Rath Nieberding bittet, den Antrag abzulehnen, da alles das, was der Baehr'sche Antrag ausdrücklich im Geiste ausgeprochen wissen wollte, bereits im Entwurf enthalten sei. Der Entwurf habe sich nur enthalten, alle diesjenigen Klagerechte genau zu bezeichnen, welche in Folge der Verletzung der Bestimmungen des Gesetzes nach den allgemeinen Prozeßvorschriften zustehen. Bei Beratung des Nachdrucksgesetzes, welches auf gleicher Basis ruhe, wie dieses Gesetz, habe man eine ausdrückliche Bezeichnung dieser Klagerichte gar nicht einmal verlangt.

Abg. Dr. Bösl: Das vorliegende Gesetz führt in das gemeinsame Recht ein ganz neues Rechtsinstitut ein und es ist daher nothwendig, daß man auf das Gesetz verfaßt, um das Prinzip des Gesetzes in allen Klarheit festzustellen. Und daß Zweifel über dieses Prinzip ohne die Aufnahme des vom Abg. Baehr beantragten Paragraphen allerding entstehen können, dafür spricht doch wohl schon der Umstand, daß ein Jurist von solcher Bedeutung, wie der Antragsteller, derartige Zweifel hegt. Von einem Recht auf eine Civilklage ist in dem Entwurf so gut wie gar nicht die Rede, auch § 13 handelt nur von dem Criminalverfahren und der Geltendmachung des Entschädigungsanspruchs in diesem. Das Nachdrucksgesetz beruht übrigens keineswegs auf gleicher Grundlage, wie dieses Gesetz. Es erscheint mir in der That nothwendig, bestimmt im Gesetze auszusprechen, daß neben dem Strafverfahren auch im Civilverfahren ein Anspruch auf Entschädigung geltend gemacht werden kann.

Abg. Struckmann: Es ist eine bekannte Streitfrage, inwiefern eine Klage zulässig sei zur Feststellung von Rechtsverhältnissen, bei welchen es sich um den Erfolg eines eingetretenen Schadens handelt. Die Praxis der Gerichte pflegt allerdings eine derartige Klage zu zulassen, gleichwohl aber haben die neueren Gesetze über die bürgerliche Prozeßordnung es für nothwendig gehalten, eine solche Klage ausdrücklich für zulässig zu erklären. Ich bitte Sie, den Antrag des Abg. Baehr anzunehmen.

Abg. Thilo: Unzweifelhaft ist nach dem Entwurf auch eine Civilklage zugelassen und ein Bedürfnis für den Zuia des Abg. Baehr nicht vorhanden. Sollte aber auch wirklich ein Zweifel bestehen, so wird es in der Praxis gewiß außerst selten vorkommen, daß jemand in den Fällen der Verletzung der Vorschriften dieses Gesetzes eine Civilklage anstellt, man wird sich vielmehr meistens an den Staatsanwalt wenden und das Criminalverfahren beanspruchen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag des Abg. Baehr abzulehnen.

Das Haus entscheidet sich zu Gunsten dieses Antrages und genehmigt auch den § 11 der Vorlage: „Der Inhaber einer Firma, für welche ein Waarenzeichen eingetragen ist, hat dasselbe auf Verlangen desjenigen, welcher von der Benutzung des Zeichens auszuschließen berechtigt ist, oder sofern das Waarenzeichen zu dem im § 10, Absatz 2, erwähnten gehört, auf Verlangen eines Betheiligten löschen zu lassen.“

§ 13 lautet: Wer Waaren oder deren Verpackung wissenschaftlich nach einem nach Maßgabe dieses Gesetzes zu schützenden Waarenzeichen, oder mit dem Namen oder der Firma eines inländischen Producenten oder Handelsbetriebens wissenschaftlich bezeichnet oder wissenschaftlich dergleichen widerrechtlich bezeichnete Waaren in Verkehr bringt, wird mit Geldstrafe von einhundertfünfzig bis dreitausend Mark oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft und ist dem Verlebten zur Entschädigung verpflichtet. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Abg. Rickert beantragt: Hinter den Worten: „in Verkehr bringt“ hinzuzufügen: „oder seit hält“, indem er auf die bisherige Judicatur des höchsten Gerichtshofs in Preußen hinweist, welcher angenommen, daß Waaren nur durch den ersten Händler „in Verkehr gebracht würden“, während die Strafe doch auch den Zwischenhändler treffen solle. Geh. Rath Nieberding erklärt sich mit diesem Amendment einverstanden.

Abg. Adermann beantragt, das Alinea 2 des Paragraphen zu streichen, er will also die Strafverfolgung ex officio und ohne Antrag des Verlebten zulassen. Die vorliegende Bestimmung entspricht dem § 287 des Strafgesetzbuchs, welcher ebenfalls die Strafverfolgung von dem Antrage des Verlebten nicht abhängig mache. Das Interesse des Publikums sei bei dieser Frage so erheblich engagiert, daß es dieselbe unterschätzen heißt, wenn man zu einem Antragsteller stempeln wolle. Auch scheine es ihm für den Fall der Annahme seines Amendments nothwendig, das Wort „widerrichtig“ durch „falschlich“ zu ersetzen, da es dann auf den Dolus des dem Gesetze zuwider Handelnden nicht mehr ankomme.

Geh. Rath Nieberding befämpft das Amendment, das dahin führen müsse, auch denjenigen criminell zu bestrafen, welcher mit Einwilligung des Fabrikanten selbst sich der Waarenzeichen derselben bediene.

Abgeordneter Struckmann constatir, daß seiner Meinung nach dieser Paragraph die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Entschädigungs-Pflicht desjenigen nicht aufhebe, der aus Fahrlässigkeit sich falscher Marken bediene. Der Bundescommissar weilt diese Auffassung.

Abg. Reichenberger (Crefeld) beantwortet das Amendment Adermann.

Die bisher mit den Antragsvergehen gemachten Erfahrungen hätten bewiesen, daß man damit nur ein Privilegium für reiche Ständer geschaffen, denn die ärtesten Skandale würden abgekaufen. Unter diesen Umständen sollt man die Kategorie der ledigen Antragsdelikte nicht noch durch ein neues vermehren.

Abg. Dr. Braun erachtet auch die Gegner der Antragsvergehen diesmal für Aufrechterhaltung des Rechts stehen. Alinea 2 zu stimmen. Hier handelt es sich um die Absicht des Delinquenten, durch Benutzung fremder Marken eine bestimme Kundshaft zu gewinnen; unter Umständen könnte dabei seine Waaren von weit besserer Qualität sein, als diejenigen mit der echten Marke. Der Staatsanwalt würde naturgemäß doch nur auf Verlangung der Interessenten einstreiten können, wenn man ihm nicht zumuthen wolle, ein vollständiges System von Polizeischnüffeleien und Chikanen zu organisieren. Endlich müsse er auf die Bedeutung der Privatlage im künftigen Strafprozeß hinweisen, wodurch die Verfolgung der hier in Frage stehenden Entschädigungsansprüche ungemein erleichtert würde.

Das Amendment Rickert wird berauf angenommen, der Antrag Adermann dagegen abgelehnt und § 13 in amenderter Fassung genehmigt.

§ 14 handelt von der Zulässigkeit einer dem Verurtheilten aufzuerlegenden Buße, welche den Betrag von 5000 Mark erreichen und an Stelle jeder Entschädigung vom Strafrichter festgesetzt werden kann. Abg. Reichenberger (Crefeld) plädiert für Streichung dieses Paragraphen, der seines Erachtens ein in der neuesten Praxis noch nicht hinreichend bewährtes Prinzip auch hier zur Anwendung bringen wolle, damit dem Strafrichter die Entscheidung über einen Punkt überlässe, der ganz außerhalb der von ihm interessierenden tatsächlichen Feststellung liege und deshalb auch nur zu leicht in Willkürlicher Weise seine Erledigung finden werde.

Abgeordneter Dr. Schwarze tritt dagegen mit Eifer für die in Rede stehende Bestimmung ein, die ein Analogon bereits in den strafrechtlichen Bestimmungen über die Buße bei Beleidigungen und Körperverleidungen habe.

§ 14 wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums angenommen und eben so wird § 15, nach welchem die freie Überzeugung des Richters, der den Schaden und dessen Höhe festzustellen hat, maßgebend sein soll, ohne Diskussion genehmigt.

§ 16 lautet: Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verlebten bezüglich der im Besitz des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung und auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren selbst zu erkennen. Erfolgt die Verurtheilung im Strafverfahren, so ist dem Verlebten die Befreiung zuzusprechen, die Verurtheilung auf Kosten des Verurtheilten öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung sowie die Frist zu derselben ist in dem Urteil zu bestimmen.

Hierzu beantragen 1) Rickert, Alinea 1 wie folgt zu fassen: Mit der Verurtheilung ist auf Antrag des Verlebten bezüglich der im Besitz des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der widerrechtlich bezeichneten Verpackung, auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren und, wenn die Befreiung der Zeichen auf anderem Wege nicht möglich ist, auf Verstörung der Waaren zu erkennen.

2) Struckmann, als dritten Absatz hinzuzufügen: „Dieselbe Befreiung kann im bürgerlichen Rechtsverfahren dem obliegenden Verlebten zugestanden werden.“

3) Dr. Bähr (Kassel), den Paragraph folgendermaßen zu ändern: Mit jeder Verurtheilung ist auf Antrag des Verlebten bezüglich der im Besitz des Verurtheilten befindlichen Waaren auf Vernichtung der Bezeichnung auf den Waaren oder der Verpackung oder auch auf Vernichtung der Verpackung selbst und ferner auf Löschung der etwa erfolgten Eintragung des Waarenzeichens im Handelsregister zu erkennen. Auch ist dem Verlebten die Befreiung zuzusprechen, die Verurtheilung öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung sowie die Frist zu derselben ist in dem Urteil zu bestimmen. Die Kosten der Ausführung hat bei einer Verurtheilung im Strafrechtswege, oder wenn im Civilverfahren wissenschaftliche Widerrechtlichkeit nachgewiesen ist, der Verurtheilte, außerdem aber der Kläger zu tragen. Statt des Satzes: oder auf Vernichtung der Verpackung selbst, ist eventuell zu setzen: oder wenn die Befreiung der Zeichen in anderer Weise nicht möglich ist, auf Vernichtung der Verpackung oder der Waaren selbst.

Die Debatte, an welcher sich außer den Antragstellern noch Geh. Rath Nieberding beteiligt, dreht sich besonders um die Frage, wie weiter Spielraum dem richterlichen Arbitrium hier eingeräumt werden darf, in wie weit sich daher eine mehr oder weniger bestimmte Fassung des Paragraphen empfehle. Bei der Abstimmung werden die Anträge Bähr und Struckmann abgelehnt, das Amendment Rickert dagegen angenommen und mit ihm § 16 genehmigt.

Die §§ 17—20 werden ohne Debatte angenommen.

Damit ist die zweite Beratung des Gesetzeswurfs über den Markenschutz beendet.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation Herz wegen der Civilrechts- und erste Lesung des Gesetzes betreffend die Naturalleistungen an die bewaffnete Macht im Frieden, Antrag Böck wegen Aufhebung der Strafhaft gegen den Abg. Franzen, mehrere kleine Gesetze.)

Berlin, 11. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Major z. D. Krieg, bisher Zeugoffizier bei dem Staabe des Garde-Füll-Artillerie-Regiments den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife dem Zeughauptmann a. D. Binsel, bisher beim Artillerie-Depot in Thorn, dem Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem emeritierten Bäcker und Superintendenter a. D. Deutschmann zu Gießenstein im Saalkreise und dem Hofrat Dr. med. Meyer zu Hannover den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem praktischen Arzt Dr. Wallachs zu Garding im Kreise Eiderstedt und dem Secretär z. D. Hofrat Anymir zu Kassel den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser haben den Gemeinderath, Landwirth Nikolaus Boulay zu Fontoy, Bezirk Lothringen, zum Beigeordneten dieser Gemeinde ernannt.

Se. Majestät der König hat den seitherigen Ober-Regierungs-Rath Graaf zu Bromberg zum Präsidenten der Regierung in Sigmaringen; sowie den Landrats z

dafür gegeben würden, was die Regierung von Düsseldorf bei der Stellung der Regierung zu den katholischen Behörden für maßgebend erachtet, Gesichtspunkte, deren Richtigkeit gerade unter der gegenwärtigen Verhältnissen auch in den höchsten Regierungskreisen vollständig anerkannt werden. Vor der Entscheidung über diese Angelegenheit hat bekanntlich der Minister des Innern sowohl mit dem Regierungspräsidenten v. Ende und mit dem Oberbürgermeister Hammers eingehende Verhandlungen geführt, die zu einer beständigen Vereinbarung geführt, so daß die Bestätigung an Allerhöchster Stelle befürwortet werden konnte. Diese Bestätigung steht jetzt außer Zweifel, wird aber jedenfalls wohl unter den Modalitäten erfolgen, durch welche dem Regierungspräsidenten v. Ende für die Umsicht und Energie, mit welcher er die Staatsinteressen zu wahren beflissen war, volle Anerkennung zu Theil wird. Er wird auch heut vom Kaiser empfangen. Lebendig ist seine Anwesenheit auch zu vertraulichen Besprechungen über andere wichtige Gegenstände seines Verwaltungsbereichs benutzt worden. — Der Kaiser folgt heut, wie seit vielen Jahren, einer Einladung zur Feier des Martinstages und zum Verzehr der Martinsgans bei der verwitterten Generalin v. Witzleben, geb. Hossauer. — Die Kaiserin hatte, wie schon früher gemeldet, aus Veranlassung der Wiener Weltausstellung einen Concurrenzpreis ausgesetzt für ein Handbuch, welches die kriegs-chirurgische Technik am besten behandle. Es sind 5 Bewerber aufgetreten, welche vier deutsche und eine englische Concurrenzschrift eingesandt haben. Die Preisrichter-Commission, bestehend aus den Herren Langenbeck in Berlin, Billroth in Wien und Socin in Basel haben sich dahin ausgesprochen, daß von den Schriften drei eine hervorragende Bedeutung beigelegt werden müsse. Auf den Vortrag der Preisrichter hat die Kaiserin angeordnet, daß von diesen drei Schriften, welche sämtlich mit Motto und versiegelter Namen eingereicht waren, die vorzüglichste mit 1000, die zwei anderen mit je 500 Thlr. prämiert werden sollen. Der ausgezeichnete Preis ist somit getheilt worden; den ersten Preis hat Professor Dr. Eschwege in Kiel, die 2 anderen Preise Dr. J. Landsberger, pract. Arzt in Posen und Surgeon-Major Porter, Prof. der Kriegs-Chirurgie im Royal-Victoria-Hospital zu Neiley in England erhalten. — Bekanntlich hat ferner die Kaiserin einen Preis für eine Concurrenzschrift ausgesetzt, welche die beste Arbeit über die Genfer Convention liefern würde. Es hat über die eingegangenen Arbeiten bisher eingetretener Umstände halber von der ernannten Preisrichter-Commission eine Entscheidung noch nicht getroffen werden können. — Von dem Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ist angeordnet worden, daß mehrere neue Lehrbücher für die Ackerbauschulen ausgearbeitet werden, welche den leipziger Fortschritten auf dem Gebiete der Landwirtschaft volle Rechnung tragen und den Ansprüchen genügen, welche an solche Lehrbücher gemacht werden können und müssen.

[Reichsbank.] Der „Berliner Actionair“ meldet: Auf Beschuß des Bundesrats ist in den dem Reichstage nunmehr vorgelegten umgearbeiteten Gesetzmotiven die Errichtung einer Reichsbank immer noch unerwähnt geblieben.

[Die Presse und die gerichtlichen Verhandlungen.] Der „Reichsanzeiger“ schreibt:

Nach einem Erkenntnis des Königlichen Ober-Tribunals vom 15. Oktober cr. sind die Verbreiter wahrheitsgetreuer Berichte über die öffentlichen Verhandlungen der Gerichte für den Inhalt dieser Berichte strafrechtlich verantwortlich. — Der Redakteur N. hatte in seiner Zeitung einen Bericht über eine vor dem Zuchtpolizeigericht zu B. stattgehabte Verhandlung gebracht und dabei einen von dem Vertreter des öffentlichen Ministeriums in der betr. Sache gehaltenen Vortrag mitgetheilt. Durch diesen erachtete sich die damals als Zeugin vernommene Chefrau P. beleidigt und ließ unter Beistand ihres Gemannes den N. wegen Beleidigung auf Grund der §§ 185, 186 des Str. G. B. vor das Zuchtpolizeigericht vorladen. Der Einwand des Beschuldigten, er habe jenen Vortrag wo nicht wörtlich, so doch sinngemäß und — was die der Chefrau P. gemachten Vorwürfe betreffe — eher milder wiedergegeben — wurde vom Gericht zwar für erwiesen, aber nicht für geeignet erachtet, die Bestrafung aus §§ 185, 186 auszuschießen. Den hiergegen von N. ergriffenen Cassationsrecurs hat das Ober-Tribunal verworfen, indem es im Erkenntnis unter Anderem ausführt: Wenn nach Artikel 22 der Reichsverfassung und § 12 des Reichs-Strafgesetzes wahrheitsgetreue Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des Reichstags, des Landtags oder einer Kammer eines zum Reich gehörenden Staates von jeder Verantwortlichkeit frei bleiben, so besteht eine gleiche Vorschrift bezüglich der Berichte über die öffentlichen Verhandlungen der Gerichte nicht. Die im § 193 des N. Str. G. B. anerkannte Straffreiheit solcher, an und für sich die Chre eines Andern beeinträchtigender Äußerungen, welche lediglich zur Ausführung und Vertheidigung von Rechten und zur Wahrnehmung berechtigter Interessen geschehen, vermag in dem vorliegenden Falle nur Denzenjen zu deuten, welcher zu solchen Äußerungen durch die Vertheidigung seiner Rechte und die Wahrnehmung berechtigter Interessen veranlaßt wird, und ist auch für die hierbei in Erfüllung einer Amtsfolktät handelnde Person auf die Verhandlungen, bei welchem sie solchem Zwecke dienen sollten, beschränkt. Eine Wiederholung aber und weitere Verbreitung solcher Äußerungen durch die Artif. einer Zeitung ist als eine neue selbstständige, das Recht eines Andern auf Chre schädigende Kundgebung zu betrachten und nach Maßgabe der sonst festzustellenden Merkmale der allgemein die Bestrafung der Beleidigungen betreffenden Vorschriften, mit Strafe zu belegen, ohne daß die Strafbarkeit einer solchen Handlung durch die Feststellung der beleidigenden Absicht bedingt wäre.

[S. M. S. „Elisabeth“] ging am 21. August c. von Yokohama in See, ankerte am 24. desselben Monats in Hakodate, verließ diesen Ort am 1. September c. und traf am 5. desselben Monats früh wieder in Yokohama ein.

Münster, 10. November. [Ein netter geistlicher Herr.] Der Pfarrer Möller zu Lippborg steht unter der Anklage, daß er, während der Landrath Schotte bei Vornahme einer Haussuchung sich über die Schriftstücke herabgebeugt hatte, um dieselben durchzu ziehen, wiederholt unter höhnischen Grimassen hinter dem Rücken des Landraths die Zunge ausgestreckt habe. Am 11. November steht deshalb Termin vor dem Kreisgericht zu Warendorf an.

Halle, 7. November. [Schreiben des Abg. Spielberg.] Die „Saalzeitung“ berichtet: Unser Reichstagsabgeordneter, Herr Spielberg, hat in diesen Tagen an den Vorsitzenden des hiesigen Wahlvereins der vereinigt-liberalen Partei ein Schreiben gerichtet, welchem wir folgendes entnehmen:

Es liegt mir daran, meinen Wählern über meine persönliche Haltung in der bevorstehenden Sitzungsperiode Klarheit zu geben, da ich wohl weiß, daß mein Auftreten aus der Fortschrittsfraktion von vielen derselben dahin ausgelegt wird, als sei ich überhaupt der Fortschrittspartei untreu geworden. In dieser Beziehung erkläre ich nun, daß ich nach wie vor derselbe geblieben bin, das heißt, daß ich in den Fragen der inneren Entwicklung des Reiches die Anordnungen stelle und verfecte, die seit zwölf Jahren das Programm der Fortschrittspartei gebildet haben, daß ich aber da, wo die Politik der Regierung nach außen hin und der uns aufgedrängte Culturkampf es erfordern, der Regierung möglichst zur Seite stehen und mich bescheiden werde, selbst wenn mir das Opfer einer individuellen Meinung abverlangt würde. Letzteres wird höchstens selten und nur in unerheblichen Punkten der Fall sein. Die Position der mit mir aus der Fraktion ausgeschiedenen zwölf ist augenblicklich so, daß wir mit der Fraktion eine Art von Cartell abgeschlossen haben, dergestalt, daß unser Recht bei den Wahlen in die Commissionen gewahrt bleibt. Sonst findet kein offizieller Zusammenhang statt; freundlicher Verkehr ist unverändert. Die Zeit liegt aber nicht fern, wo aus der Fortschrittsfraktion die radikalen Elemente ausscheiden werden, und mit diesem Augenblick wird eine neue Gruppierung eintreten, der höchstens die spätere Zukunft gehört. Über die bevorstehenden Aufgaben des Reichstags zu schreiben, ist heute die Zeit zu kurz. Eine Ansicht zur Bandfrage habe ich bereits in der Handelskammer klar gelegt; sie findet den Beifall der Majorität der letzteren. Das Militärbudget für das Jahr — wir be-

reuen es nicht — mit gebundnen Händen, und da, wo wir es könnten, kleinstlich zu mafeln, damit wird dem Lande auch nicht gedient sein. Das Landsturmgesetz wird einige Veränderungen unterliegen müssen, um sich unserer Zustimmung zu erfreuen. Sein Erlass ist ja an sich geboten durch § 8 Militärgegesetz, aber man hat (ob durch eine lapsus calami?) vergessen hinzuzufügen, daß nur im Falle eines Krieges der Landsturm aufgeboten werden darf. Nicht minder Widerstand wird der Paragraph finden, wonach im Falle des Bedarfs aus dem Landsturm die Landwehr ergänzt werden kann, dem ersten wird dadurch die beste Basis entzogen.“

+ Dresden, 10. Novbr. [Der Bankgesetzentwurf und seine Verurtheilung in Sachsen.] — Der Wahlsieg des Herrn von Könneriz. — Verhütung der Arbeitsinstellung in Großenhain. — Volksschulwesen.] Der dem Reichstag unterbreitete Bankgesetzentwurf begiebt einer immer heftigeren Opposition in unseren Handels- und Gewerbezimmern, Kaufmännischen und industriellen Vereinen. Die Dresdener Handelskammer hat heute ein Gesuch um Berücksichtigung ihrer Einwendungen gegen den Entwurf an den Reichstag abgeben lassen. Vielfach hört man die Meinung äußern, daß in einer Centralisation hämmlicher deutschen Banken zu einer Reichsbank das beste Auskunftsmitte liegen würde, um der jetzigen unangenehmen Lage zu entgehen. In der Geneigtheit der preußischen Bank, auf ein solches Auskunftsmitte einzugehen, würde, meint man, der Beweis des Aufgebens preußischer Particular-Interessen liegen. Außer den genannten Kaufmännischen Kreisen, hat übrigens auch der Dresdener Fortschritts-Verein ein Votum gegen den Entwurf abgegeben. — Die Stimmenzahl von 3235 der Socialdemokraten gegen die 7136 ihrer Gegner im 14. Reichstagswahlkreis weist gegen das vorige Mal des Wahlkampfes einen Rückgang von fast 3000 Stimmen nach, was um so auffälliger ist, da auch der vereinigten Conservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler 300 weniger denn das vorige Mal waren, mithin nicht deren größerer Eifer, sondern nur der geringere Eifer der socialdemokratischen Einflüssen zugänglichen Kreise der Wähler die Wahl zu Gunsten des Herrn von Könneriz entschied. — In Großenhain hat eine von dem als Katheder-Socialisten bekannten Bürgermeister Ludwig-Wolff veranlaßten Ansprache des Rathes an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Tuchfabriken, welche sich um die Beherzigung des Spruches, daß Friede ernähre und Unfriede verzehre, dreht, die wohltätige Folge gehabt, daß die am vergangenen Sonnabend angebrochne Arbeitseinstellung bis heute noch nicht eingetreten und Hoffnung auf einen Ausgleich der streitenden Parteien vorhanden ist. — Sehr erfreulich ist die Regsamkeit, welche unsere neuernannten Schul-Inspectoren im Lande zum Besten der Volkschule entfalten. Einer derselben, der Bezirks-Schul-Inspector Grüttlich in Löbau, ein freisinniger strebamer Mann, bezeichnet folgende Gegenstände, welche in den Volks-Schulen durchaus nothwendig sein müssen: 1) ein Globus (Dietrich Reimer in Berlin), 2) Planigloben (Sydow), 3) eine Karte von Europa (Siegert), 4) eine Karte von Deutschland (Sieger), 5) eine Karte von Sachsen (Deltisch), 6) eine Karte von Palästina (Leeder), 7) die Schreiber'schen naturwissenschaftlichen Wandtafeln, 8) die Elsner'schen Anschauungsvorlagen, 9) die anatomischen Tafeln von Dr. Fiedler, 10) der kleine physikalische Apparat von Lukas, 11) eine russische Leermashine, 12) Veranschauungsmittel für das neue Maß, 13) den kleinen Zeichner von Tretan, 14) eine Lesemaschine. — Hervorgehoben zu werden verdient, daß in Leipzig und Chemnitz am heutigen Geburtstage Schillers den fleißigsten Schülern der Volkschule, wie alljährlich, auch heuer wieder Spenden Schiller'scher Werke zugekommen sind.

Frankfurt, 9. Nov. [Der verantwortliche Redakteur der „Frankf. Ztg.“] hr. Otto Hörr, war heute Nachmittag vor das Unterzugsgericht geladen und war handelt es sich um zwei Fälle. Der erste bezog sich auf eine Berliner Correspondenz vom 18. October, welche das Urteil der siebenen Deputation des Berliner Stadtgerichtes gegen den Reichstags-Abgeordneten Most kritisierte, und durch welche diese Deputation sich beleidigt glaubt; der zweite betraf einen Abzug der politischen Übersicht vom 14. Oct., welche den Bismarck-Utrumischen Streit im Sinne eines Kampfes um's Daheim beprach, und durch welche sich Fürst Bismarck für beleidigt erachtet. Der Reichskanzler hat persönlich Strafantrag gestellt. Herr Hörr hat die Verantwortlichkeit für beide Artikel übernommen.

Aus Baden, 8. November. [Das Amtsgericht] in Freiburg hat die Voruntersuchung gegen den Erzbishumusverweser Kübel beendet. Dieselbe erfolgte bekanntlich, weil der Vermöser die von ihm angestellten „Neupriester“ auch nach Verkündigung der Ministerial-Verordnung vom 4. August d. J. kirchliche Funktionen ausüben läßt. Die Verkündigung dieser Verordnung war am 10. August erfolgt; durch sie wurde den in diesem Jahre zu einer Zeit, als der Entwurf des revidirten Grundgesetzes vom 19. Februar d. J. bereits der landständischen Verathung unterzogen war, zu Priestern geweihten katholischen Geistlichen die Befugniß zur öffentlichen Ausübung geistlicher Functionen entzogen, und unter sie fallen nach dem schon erwähnten Entschied des Oberhofgerichtes in Mainz alle gottesdienstlichen Handlungen, welche von den am 31. Januar d. J. ausgeweihten Priestern nach dem 16. August vorgenommen wurden. — Gegen Kübel hat nun die Raths- und Anklagekammer des Kreisgerichtes in Freiburg ihr Verweisungserkenntnis zu fällen.

Schwed.

Zürich, 8. November. [Proteste gegen die Beschlüsse des Nationalraths in Betreff der Militärorganisation. — Beschlüsse des Ständeraths in derselben Angelegenheit. — Finanzielles. — Zur Leichenverbrennung. — Wessenbergfeier. — Verurtheilung. — Die Madonna von Einsiedeln. — Weinauction in Mariastein. — Vom Gotthardshospiz.] In andern Ländern beschwert man sich unten oft, daß oben zu viel Militärismus getrieben wird; hier in der Republik mit ihrer Militärvorstellung ist es umgekehrt. Bürger und Soldaten, was hier übrigens alles Eins ist, sind sehr ungehalten darüber, daß die schon an sich möglichst bescheidenen Ansätze des Bundesraths für die Dauer des Militärunterrichts vom Nationalrat noch beschnitten worden sind. Schon vor Monaten, als die Beschlüsse bekannt wurden, welche die hausmütterliche Commission des Nationalraths in ihrer Sommerfrische zu Mürren im Berner Oberland, 6000 Fuß über Meer, ausgekehrt hatte, protestierte feierlich dagegen eine Delegiertenversammlung des schweizerischen Offizierstandes in Olten. Seitdem nun der Nationalrat die Beschlüsse seiner Commission angenommen, sind zahlreiche Kundgebungen dagegen erfolgt, in der Form von Eingaben an den Ständerath, er möge nicht den nationalräthlichen Beschlüssen, sondern den bundesräthlichen Anträgen beitreten. Eine solche Eingabe wurde z. B. von dem Centralcomite des schweizerischen Unteroffiziervereins gemacht, welcher etwa 2000 Mitglieder zählt. Nicht minder haben sich überall die Offiziere geregt. Die Aargauische Militärgesellschaft hielt eine Versammlung zu Brugg ab, in welcher beschlossen wurde: 1) den Ständerath zu ersuchen, sich dem Bundesrat anzuschließen, dessen Entwurf das Minimum der absolut nothwendigen Unterrichtscurve verlange; 2) die Aargauischen Mitglieder des Ständeraths durch Deputation dringend aufzufordern, den Wünschen der Offiziere gerecht zu werden; 3) dem Bundesrat Wohl für seinen trefflichen Entwurf der neuen Militärorganisation besten Dank abzustatten; 4) gegen das Votum des Nationalraths Kaiser von Solothurn zu protestieren. Letzteres geschah durch einen offenen Brief an diesen Herrn, welcher sonst immer das große Wort für jeden Fortschritt

föhrt und namentlich auch am Solothurner Volksstage für die Hebung des Wehrwesens eingetreten war. Der offene Brief tränkt ihm nur ein, daß Worte keine Thaten sind und protestiert namentlich voll Enttäuschung gegen dessen Verleumdung, als ob die Offiziere aus Privatvorheil Militärdienst leisteten und als ob deren Bestrebungen vielleicht noch schlimmer seien, als selbst ein Einbruch des Feindes. In der Zürcher Tonhalle tagten etwa 800 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten und genehmigten fast einstimmig eine mahnende Zuschrift an den Ständerath. Unter den Rednern in der Versammlung nahm bloß Nationalrat Oberstl. Baugger die Anschauung des Nationalraths (45 Tage Rekrutunterricht der Infanterie u. c.) in Schutz. Dagegen gingen Oberstl. Blunschli, Oberstl. Stadler und Nationalrat Weber (Redakteur der „N. Zürch. Ztg.“) für eine bessere militärische Ausbildung tätig ins Zeug. Es wurde hingewiesen auf die für die neutrale Schweiz bedrohliche Lage, falls es zu einem zweiten Zusammentreffen zwischen Frankreich und Deutschland komme; die Nothwendigkeit längerer Dienstzeit, um feldtätig zu werden, wurde klar dargelegt und der Finanzpunkt u. a. mit der Bemerkung abgethan: wenn man für ein tüchtiges Heer das Geld nicht habe, so habe man auch kein Recht mehr, auf die Stellung einer selbständigen und freien Nation Anspruch zu machen. Auch in der Centralschweiz widersehen sich die Leute, die nicht bloßes Kanonenfutter sein wollen. Der Offizier- und Unteroffizierverein der Stadt Luzern hat in zahlreicher Versammlung einstimmig eine Eingabe an den Ständerath für austreichenden Militärunterricht beschlossen; dasselbe hat der dortige Artillerieverein. Die Lehrer des Kantons Luzern, welche kürlich einen Rekrutencurs bestanden, haben in einer Versammlung einstimmig dem bundesräthlichen Entwurf gehuldigt, insbesondere die Wehrpflicht der Lehrer als zweckmäßig anerkannt und in diesem Sinne an den Ständerath geschrieben. Gleiche Kundgebungen sind von den Offizieren in Schaffhausen, Aarau und Biel erfolgt und heute halten die Berner Offiziere ihre Versammlung ab. — Diese ganze bürgerliche Militärbewegung ist nicht ohne Eindruck auf den Ständerath geblieben, welcher in fünf Tagen die 256 Artikel des Militärgesetzes durchberaten hat. Meist hat er den nationalräthlichen Beschlüssen zugestimmt. Beim militärischen Vorunterricht wurde der Antrag der Commissionsmehrheit auf Schießübungen für die Jugend von 15 bis 20 Jahren verworfen, ja sogar der militärische Vorunterricht für diese Altersjahre ganz gestrichen und blos der von den Lehrern zu ertheilende Turnunterricht für die Primarschüler belassen. Dabei wurde beschlossen: „die Lehrer der öffentlichen Schulen können nach bestandener Rekrutenschule von weiteren Dienstleistungen dispensirt werden, wenn die Erfüllung ihrer Berufspflichten dies nothwendig macht.“ In dem Abschnitt über den Unterricht der Infanterie und Schützen stimmte man dem Beschuß des Nationalraths zu, daß blos zweijährliche Wiederholungscurve von 16 Tagen stattfinden sollen, während der Bundesrat jährlich von 10 Tagen fordert, dagegen wurde nach dem Antrag der Commissionsmehrheit der Rekrutencurs auf 50 Tage, dem bundesräthlichen Antrag gemäß, festgesetzt, gegenüber den 45 Tagen des Nationalraths; in der Abstimmung erschienen 22 Ja gegen 13 Nein. — Nach der Zürcher Staatsrechnung für 1873 betrugen die Einnahmen 4,742,063, die Ausgaben 4,515,526, das Staatsvermögen (nicht in Schulden bestehend) 55,967,575 Fr. Das ist ganz uneuropäisch; vollends aber läuft es gegen den europäischen Strich, daß unter den Ausgaben das Schulwesen mit dem allerhöchsten Posten, 1,437,851 Fr., bedacht ist. — Der Zürcher Leichenverbrennung erfreut ein will nun einen Siemens'schen Ofen bauen; ein besonderer Wettbewerb, der erste zu sein, wird schwerlich eintreten. — Der hunderterjährige Geburtstag Wessenbergs ist in Rheinfelden würdig gefeiert worden. In der überfüllten Kirche eröffnete der Ortspfarrer Schröder die Feier mit einer Ansprache, in welcher er die Bestrebungen Wessenbergs für kirchliche Reform und seine allgemein humane und menschenfreudliche Wirksamkeit beleuchtete. Die eigentliche Predigt hielt der altkatholische Pfarrer Herzog von Orléans; er entrollte das erhabende Bild eines der edelsten Männer, die je gelebt. Pfarrer Schröder hielt dann ein feierliches Hochamt ab. Nachmittags versammelten sich einige hundert Personen zum Festmahl, bei dem zahlreiche sympathische Telegramme einliefen. Der alte Streiter gegen Papst und Pfaffenhumus, Landammann Keller von Aargau, hielt einen gediegenen Vortrag über die Kämpfe, welche Wessenberg mit der römischen Curie und ihrem Nunius zu bestehen hatte, weil er die wissenschaftliche und sittliche Hebung der Geistlichkeit und die Gründung einer deutschen Nationalkirche betrieb. — In Tessin ist der ultramontane Nationalrat Gatti, weil er sich schon zweimal dem Infanterie-Rekrutencurs entzogen hat, zu 200 Fr. Buße und 20 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Dieser vornehme reiche Herr lebt in London, wo er das von seinem Vater gegründete Kaffeehaus führt; jährlich kommt er einmal in die Heimat und regalit seine sehr verehrenden Gesinnungs-Genossen. — Ein ultramontanes französisches Blatt enthält folgenden Artikel: „Wohnungsveränderung. Durch die freimaurerische Bundesverfassung und die Gottlosigkeit in der Schweiz vertrieben, hat das Gnadenbild Mariä Einsiedeln verlassen und sich in Frankreich zu Lourdes niedergelassen“. Wir können aber versichern, daß die schwarze Madonna noch ruhig in Einsiedeln steht. Des frommen Zweckes wegen ist wohl wieder einmal gelogen worden; wahrscheinlich hat man zu Lourdes eine weiße Madonna schwarz angestrichen. — Im ausgehobenen Solothurner Kloster Mariastein fand eine Art Volksfest statt. Man versteigerte für Rechnung des Staates den gehaltreichen Keller mit den schönsten Jahrgängen seit 1834, welche schöne Preise bis zu 200 Fr. der Saum abwarfen. Eine Menge durstigen Volkes wurde da weidlich getränkt; die anwesenden Polizisten credenzen aus irgenden Krügen. Man überzeugte sich, daß die geistlichen Herren jedenfalls nimmer verdursteten, und konnte sich an den trostenden Spruch jenes alten deutschen Abtes erinnern: „So, jetzt kann die Fasten kommen, die Fässer sind alle voll“. — Das Gotthardshospiz hat im letzten Jahre 17,221 arme Reisende, darunter 147 Kranke und Halbsvorene, bestens versorgt: die Ausgaben beliefen sich auf 14,841 Fr. oder 1594 mehr als die Einnahmen.

Großbritannien.

A.A.C. London, 9. November. [Gladstone und die vaticaniischen Decrete.] Gladstone's heftiger Angriff auf die vaticaniischen Decrete ist, wie vorauszusehen war, nicht lange unbeantwortet geblieben. Die heutige „Times“ veröffentlicht zwei Briefe — einen vom Erzbischof Manning, den andern von dem katholischen Lord Acton, Döllingers intime Freunde, — in denen die Herausforderung des Ex-Premiers angenommen und ihr begegnet wird. Das Schreiben des Dr. Manning lautet nach einigen einleitenden Bemerkungen wie folgt:

Heute früh erhielt ich eine Copie einer Broschüre, betitelt Die vaticaniischen Decrete in ihrer Tragweite auf bürgerliche Lehnsplast. Ich finde in derselben einen direkten Appell an mich selber, sowohl für das Amt, das ich bekleide, sowie für die Schriften, die ich veröffentlicht habe. Ich erkenne freudig die Pflicht an, die mir aus beiden diejenigen obliegt. Ich bin durch das Amt, das ich bekleide, gezwungen, nicht einen Tag vorstreden zu lassen, ohne seitens der Katholiken dieses Landes die leichten Antläufe gegen ihre Loyalität zurückzuweisen, und was meine Lehren betrifft, so bin ich bereit zu zeigen, daß die Grundätze, die ich darüber stets gelehrt habe, jeder

Auklage fern stehen. Es ist allerdings wahr, daß Herr Gladstone auf Seite 57 der Broschüre seinen Glauben ausdrückt, daß viele seiner römisch-katholischen Freunde und Landsleute, zum mindesten eben so gute Bürger als er selber sind." Aber da die ganze Broschüre ein sorgfältig ausgearbeitetes Argument ist, um zu beweisen, daß die Lehre des vaticaniischen Concils es ihnen unmöglich macht, dies zu sein, kann ich diese dantbare Anerkennung, welche involvirt, daß sie gute Unterthanen sind, weil sie mit der katholischen Kirche verbündet sind, nicht accipieren. Ich dürfte in der Pflicht gegen die Katholiken dieses Landes und gegen mich selber erinnern, wenn ich dieser Angabe nicht einen prompten Widerspruch entgegenstehe, und wenn ich nicht mit gleicher Promphitheit behauptete, daß die Loyalität unserer bürgerlichen Lehnspflicht nicht trog der Lehre der katholischen Kirche, sondern wegen derselben vorhanden ist. Der Inbegriff des Arguments in der so eben der Welt übergebenen Broschüre ist dieser: daß durch die vaticaniischen Decrete eine solche Veränderung in den Beziehungen der Katholiken zu den Civilgewalten von Staaten eingetreten ist, daß es ihnen nicht länger möglich ist, dieselbe ungeheilte bürgerliche Lehnspflicht zu leisten, als es Katholiken vor der Promulgirung jener Decrete möglich war. In Erwiderung darauf ist es vorläufig genügend, zu behaupten: 1) daß die vaticaniischen Decrete in keinem Jota oder Titelchen werden die Verpflichtungen noch die Bedingungen der bürgerlichen Lehnspflicht verwandelt haben. 2) Daß die bürgerliche Lehnspflicht der Katholiken ebenso ungeheilte ist wie die aller Christen und aller Menschen, welche ein göttliches oder natürliches moralisches Gesetz anerkennen. 3) Daß die bürgerliche Lehnspflicht eines Menschen unbeschränkt ist, und daher ist die bürgerliche Lehnspflicht aller Menschen, die an Gott glauben oder durch das Gewissen regiert werden, in diesem Sinne geheilte. In diesem Sinne und in keinem anderen kann es mit Wahrscheinlichkeit gesagt werden, daß die bürgerliche Lehnspflicht der Katholiken geheilte ist. Die bürgerliche Lehnspflicht eines jeden Christen in England ist durch das Gewissen und das göttliche Geist beschränkt, und die bürgerliche Lehnspflicht der Katholiken ist weder weniger noch mehr beschränkt. Der öffentliche Frieden des britischen Reiches ist in dem letzten halben Jahrhundert durch die Verbannung religiösen Zwiespalts und die Ungleichheiten aus unseren Gefilden befestigt worden. Das Deutsche Reich dürfte gleich friedlich und stabil gewesen sein, wenn seine Staatsmänner in einer übeln Stunde nicht versucht worden wären, die alten Brände religiöser Haltung aufzuwühlen. Die Hand eines Mannes war mehr als irgend eine andere diese Fackel der Zwietracht in das Deutsche Reich. Die Geschichte Deutschlands wird den Namen von Doctor Ignatius von Döllinger als den Urheber dieses nationalen Uebels verzeichnen. Ich bedauere nicht allein, den Namen des Dr. von Döllinger in den mir vorliegenden Broschüre zu lesen, sondern auch dessen Argumenten auf die Svir zu kommen. Möge Gott diese Königreiche von den öffentlichen und Privat-Calamitäten, die augencheinlich Deutschland drohen, bewahren. Der Verfasser der Broschüre versichert uns in seiner ersten Zeile, daß sein "Vorjahr nicht polemisch, sondern friedfertig ist." Es thut mir leid, daß eine so gute Absicht so weit in der Wahl der Mittel geirrt haben sollte. Aber mein Vorjahr ist, weder zu kritisiren noch zu bestreiten. Mein Wunsch und meine Pflicht als ein Engländer, als ein Katholik und als ein Seelenhirt ist, für meine Heerde und für mich selber eine ebenso reine, echte und loyale bürgerliche Lehnspflicht zu realisiren, als sie durch den ausgesuchten Autor der Broschüre oder durch irgend einen andern Unterthanen des britischen Reiches geleistet wird. Ich verbleibe, mein Herr, Ihr treuer Diener + Henry Edward, Erzbischof von Westminster. 7. November.

Lord Acton's Brief trägt die Form eines offenen Sendschreibens an Herrn Gladstone und protestirt ebenso wie der Mannings gegen die Annahme, daß die vaticaniischen Decrete die bürgerliche Lehnspflicht von Katholiken beeinträchtigt haben, indem mit dem Bemerk, daß dieser Vorwurf nur die Ultramontanen unter den Katholiken und nicht das Gemeinwesen der letzteren, von denen viele, wie er meint, den vaticaniischen Decreten Widerstand leisten, treffen könne.

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 12. November. [Ein Gewerbetreibender], welcher ein öffentliches Lokal hält, ist nach einer Ober-Tribunals-Entscheidung vom 14. Oktober c. befugt, Einzelnen den Aufenthalt darin zu verfangen. Berliner Blätter bringen folgende Motivierung: "Aus dem Betriebe eines offenen, auf den unmittelbaren Verkehr mit dem Publikum berechneten Gewerbes läßt sich nur ein, übrigens auch der Beurtheilung nach den concreten Umständen unterliegender Wahrscheinlichkeitsgrund, für die stillschweigende Zustimmung oder die Aufforderung zum Eintritt seitens des Geschäftsinhabers zum Besuch gewerblichen Verkehrs folgern. Die Annahme verliert jedoch ihre Bedeutung, nachdem dem Eingetretenen aus irgend welcher Veranlassung, der entgegengesetzte Wille des Geschäftsinhabers fund gegeben und damit die Aufforderung zum Verlassen des Lokals verbunden ist."

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Botanische Section.
In der Sitzung vom 12. März hielt Herr Mittelschullehrer Limpricht einen Vortrag über die Laubmoose der Hohen Tatra.

Der berühmte schwedische Botaniker Wahlenberg war der erste, der mit bekannter Meisterschaft in seiner Flora Carpatorum (1813) auch für das weitere Studium der Mooswelt dieses Gebirges eine sichere Grundlage schuf. Unter den von ihm aufgefundenen 130 Arten (eine für damalige Zeit bedeutende Zahl) finden wir bereits große Seltenheiten verzeichnet, darunter einige, deren Wiedererkennung bis jetzt nicht gelungen ist, so Tetrapodon mnioides Br. Eur. (Splachnum urceolatum Wahlenb.) Onictangium aquatum Hedw. und Aulacomnium turgidum Wahlenb.). Nach langer Pause bringt v. Lobatzewsky in "Museumum frond. species novae Haliciensis" (Wien 1847) die ersten Beiträge durch einige neue Arten, deren Werth teilweise noch rätselhaft ist.

Im Jahre 1856 bereift R. v. Uechtrix die Hohe Tatra, hat aber das Misgeschick, seine Moosausbeute zu verlieren, und nur Splachnum sphacelatum wird durch ihn nachgewiesen. — 1865 gibt M. Kubn in den Verhandlungen des bot. Ver. für die Provinz Brandenburg ein Verzeichniß der meist im Koscielisko-Thale gesammelten Moose, darunter ist neu Mnia orthorrhynchium leg. P. Ascherson, sehr fraglich dagegen Hymenost. Fortile Schw. — In demselben Jahre erscheint in den Verhandlungen der zool.-bot. Gesellschaft in Wien von Dr. A. Rehmann: "Bericht einer Aufzählung der Laubmoose von Westgalizien. Hier werden mit theilweise, zwar nicht durchweg kritischer Benutzung der Wahlenberg'schen Angaben und mit Benutzung der Beiträge von Hasslitzky, Schlephade, Kaltbrenner ic. für das ganze Gebiet ca. 300 Arten nachgewiesen, darunter viel neue Bürger für die Hohe Tatra. Ohne irgend ein Vorkommen anzuzweifeln, da Juragla das Material durchgesehen hat, halte ich doch manche Standortangabe im Tatra bezüglich Höhenlage, Unterlage und Häufigkeit für eine verblaßte Erinnerung.

Ein Jahr darauf veröffentlicht Hasslitzky in den Verhandlungen des Vereins für Naturkunde zu Breslau eine Bearbeitung der Laubmoose Nordungarns. Leider ist diese Arbeit, die bereits 340 Arten angibt, durchweg ungarisch geschrieben. Dabon hat mir der Verfasser selbst als Irrthümmer bezeichnet: Grimmia torquata, G. sulcata, Dicranum scoticum, Pottia crinita, Eurhynchium myosuroides und Pterogonium gracile; auch Ulota curvifolia einer früheren Anzahl zählt gewiß hierher, da sie diesem Verzeichniß fehlt. Nach Hasslitzky's brieflichen Mittheilungen ist ferner Pleuridium subulatum = P. alternifolium, Cynodontium gracilescens = C. alpestre und Barbula laevipila = B. papillosa.

Wichtige Beiträge bringt unser Landsmann, Apotheker N. Fritze, in: "Eine Karpatenreise" von N. Fritze und Dr. H. Ilse (Verhd. der zool.-bot. Ges. Wien 1870), dessen von ihm auf wiederholten Karatreisen gesammeltes Material seinerzeit Milde noch revidirt. — Als seine Entdeckungen für die Tatra sind zu betrachten: Gymnostomum calcareum, G. rupestre, Dicranum spuriu, D. Mühlenbeckii, Fissidens decipiens, Seligeria tristicha, S. recurvata, Grimmia conferta, G. alpestris, G. tergestina, C. montana, Orthotrichum cupulatum, Tayloria serrata, Leptobryum pyriforme, Webera polymorpha, Bryum Duvalii, Lescurea saricola, Orthothecium intricatum, Plagiothecium Mühlenbeckii, Amblystegium Sprucei, Hypnum pallescens, H. Vaucherii und H. ochraceum.

Inzisiv sind von Hasslitzky für die Tatra nachgewiesen, aber noch nicht veröffentlicht worden: Platygyrium repens; Pottia latifolia (Sternberg, Noth. Lehm., Eisernes Thot), Anoectangium compactum β depauperatum, Material seinerzeit Milde noch revidirt. — Als seine Entdeckungen für die Tatra sind zu betrachten: Gymnostomum calcareum, G. rupestre, Dicranum spuriu, D. Mühlenbeckii, Fissidens decipiens, Seligeria tristicha, S. recurvata, Grimmia conferta, G. alpestris, G. tergestina, C. montana, Orthotrichum cupulatum, Tayloria serrata, Leptobryum pyriforme, Webera polymorpha, Bryum Duvalii, Lescurea saricola, Orthothecium intricatum, Plagiothecium Mühlenbeckii, Amblystegium Sprucei, Hypnum pallescens, H. Vaucherii und H. ochraceum.

Inzisiv sind von Hasslitzky für die Tatra nachgewiesen, aber noch nicht veröffentlicht worden: Platygyrium repens; Pottia latifolia (Sternberg, Noth. Lehm., Eisernes Thot), Anoectangium compactum β depauperatum, Material seinerzeit Milde noch revidirt. — Als seine Entdeckungen für die Tatra sind zu betrachten: Gymnostomum calcareum, G. rupestre, Dicranum spuriu, D. Mühlenbeckii, Fissidens decipiens, Seligeria tristicha, S. recurvata, Grimmia conferta, G. alpestris, G. tergestina, C. montana, Orthotrichum cupulatum, Tayloria serrata, Leptobryum pyriforme, Webera polymorpha, Bryum Duvalii, Lescurea saricola, Orthothecium intricatum, Plagiothecium Mühlenbeckii, Amblystegium Sprucei, Hypnum pallescens, H. Vaucherii und H. ochraceum.

Demnach sind unter den Laubmosen, die ich 1873 auf einer 14-tägigen Reise in den Centralkarpaten sammelte, nur nachstehende als neue Bürger für die Tatra zu bezeichnen: Dicranella crispa Schimp., unseres Kohlbauchthal; Leptotrichum vaginans Sull., in der Nähe des Wanta-

steins unterhalb des Gr. Fischsee's; Trichostomum crispulum Bruch., steril im Koscielisko-Thale; Orthotrichum stramineum Hornsch., häufig um Podszapdy; Grimmia sulcata Sauter, Felta See; Webera gracilis Dmtr., Felta-See und Kleine Kohlbauch; Webera Breideri Jur., Kapa-Pas; Splachnum ampulaceum (Dill.), zwischen Podszapdy und Jaworina; Philonotis adpressa Ferg. (Form von Ph. fontana) Kleine Kohlbauch, steril; Timmia austriaca Hedw. und T. norwegica Zett., beide steril im Koscielisko-Thale; Neckera Besserii Jur., steril, Demanowa-Thal bei Lippe St. Miflos und zwischen Sarpanec und Bdar; Thuidium decipiens De Not., steril im Demanowa-Thale und unterhalb des Gr. Fischsee's; Heterocladium dimorphum Br. & Sch., in alpinen Lagen häufig, doch steril; Cyathodrechium concinnum De Not., Demanowa-Thal, steril; Brachythecium laetum Br. Eur. ebenda, steril; B. Starkii Br. & Sch., häufig in der Waldregion der Tatra, auch er, wie um Schmeds; B. Geheime Milde, steril auf Buchenwurzeln am Wege von Jaworina nach dem Gr. Fischsee; Eurhynchium striatum (Spruc.) Demanowa Thal, Koscielisko Thal und zwischen Sarpanec und Bdar, steril; E. Vaucherii Schpr., Koscielisko-Thal und Quellen des weißen Dunajec bei Zakopane, steril; Hypnum intermedium Lindb., Demanowa-Thal, steril; H. stramineum Dicks., zwischen Podszapdy und Jaworina und unterhalb des Gr. Fischsee's, steril und Sphagnum subsecundum Nees, steril um Schmeds.

Aus der Tatra sind mir bis jetzt überhaupt 322 Laubmoose bekannt, die sich zumeist auf das Gebirge selbst beschränken, da die Ebene am Fuße desselben zu wenig durchsucht ist. Darunter sind 22 meist rein alpine Arten, die den mitteldeutschen Gebirgen fehlen, wohl aber (excl. Phlomotis alpicola Jur., einer Form von P. fontanea, Dicranum neglectum Jur. einer Form von D. Mühlenbeckii, Ulota Lehmannii Jur. und Trichostomum giganteum) in Scandinavia beobachtet wurden; redet man daher von einer bryologischen Verwandtschaft zwischen den hercynischen Gebirgen und den nordischen, so hat man man auch die Hohe Tatra in diesen Kreis mit einzuschließen.

Herr Geheimrat Prof. Dr. Goeppert bemerkte, daß nach Mitteilung des Pastor primarius Pauli, der vom Lehrer Büttner in der Sitzung vom 6. November 1873 angegebene Fundort des Scolopendrum bei Greifenberg auf einem Irrthum beruhe, da das Scolopendrum wie die andern in seiner Umgebung erwähnte Pflanzen im Parke angepflanzt seien.

Derselbe berichtet über eine Sendung des Herrn Reinel aus der Domäne Ober-Johannsdorf (Großherzogthum Weimar), enthaltend zahlreiche junge Kartoffeln, welche sich im Innern von Mutterknollen befinden und diese aufzusprengt hatten; eine ähnliche Erscheinung schibdet Michelchen von Hildesheim,

der jedoch die jungen Kartoffeln von außen eingeschnitten hält.

Prof. Cohn legt ein Blättchen mit Wasser vor, welches ihm Herr Dr.

Hirsch aus Kahla (Thüringen) von einem dortigen Wassertümpel zugeschickt, daselbe ist klar, hat aber einen röthlichen Absatz, der durchgeschnitten, das

Wasser rot färbt; die Ursache ist die merkwürdige am 18. September 1838 von Ehrenberg bei Jena entdeckte Monas Okeni.

In der Sitzung vom 29. November legte Herr Geheimrat Goeppert die neueste Lieferung des von Baron Thümen herausgegebenen Herbarium occidentale mycologicum, sowie den Prospect der von demselben in Angriff genommenen Mycothea universalis vor, welche für die Schlesische Gesellschaft angelaufen werden soll. Derselbe legt die Schriften der Gesellschaft für Landesforschung des Königreich Böhmen vor, ferner ein schönes Exemplar des Geaster formicatus von Scheidweiler.

Professor Ferdinand Cohn hielt einen Vortrag über die Algen in den Thermen von Johannishbad und Landeck. Obwohl diese beiden Mineralquellen in Temperatur und selbst in Zusammensetzung einander ähneln, so unterscheiden sie sich doch auffallend durch die Algen, welche in ihnen vorkommen. Zu Johannishbad fand Vortragender keine Algen im Bassin selbst, aus dessen mit Kies bedektem Boden eine Quelle hervorquillt, welche 400 Liter des klaren blauen Wassers von 23° R. in der Minute liefert; nur die Steinrinnen des Abflusses sind mit dicken dunkelgrünen Oscillarienpolstern besetzt, wie sie sich in allen warmen Abflüssen, auch in Fabrikwassern, finden; zwischen ihnen leben Diatomeen; auffallend ist das Vorkommen von Chantaria violacea zwischen den Oscillarien von Johannishbad. Dagegen ist der Felsboden des Georgenbrunnens zu Landeck mit einem farblosen schleimigen Überzug bedeckt, der durch das Wasser zeitweise an die Oberfläche gehoben wird und häufigslich von einer sehr lebhaft bewegten, dünnen Beggiatoa leptomitiformis gebildet wird. Mit dieser zusammen kommt eine äußerst feine farblose Leptothrix vor; auch fehlen nicht farblose, bewimperte Infusorien (Vorticella, Monas, Cystidium), sowie Amoeben und Diissigien; bei längerem Stehen am Licht bekommt der farblose Schleim eine grünliche Färbung, es tritt eine gelbgrüne Leptothrix und ein blaugrüner Chroococcus auf. Die Ursache der Verschiedenheit der Algenverteilung ist wohl in der chemischen Zusammensetzung der beiden Quellen zu suchen, die als Nährösungen zu betrachten sind, bei denen selbst minimale Mengen von Einstuß auf die Entwicklung der Algen sind; die Beggiatoa scheinen auf einen größeren Gehalt von Sulfaten hinzumweisen, welche bei ihrem Vegetationsprozeß derart zerlegen, daß freier Schwefelwasserstoff entbunden wird. Wahrscheinlich in allen sogenannten Schwefelthermen (Warmbrunn, Aachen, Bader der Pyrenäen, Euganien, Baden, im Argau ic.) kommen sie vor und das Schwefelwasserstoffgas verdarlt höchst wahrscheinlich seinen Ursprung der chemischen Thätigkeit der Beggiatoen; dagegen sind die im Bassin von Johannishbad aufsteigenden Gasbläfen geruchlos und bestehen aus einem Gemenge von 16% O. und 84% N. (Kohl) mit einer Spur freier Kohlensäure; dem entsprechend fehlen hier, wie ancheinend in allen Thermen ohne freien Schwefelwasserstoff die farblosen Beggiatoen, und nur die phycocrom-phrünen Oscillarien entwickeln sich; die Ursache ist in der weit geringeren Menge der Sulfate (meist schwefelsaures Natron) zu suchen. Eine besondere Klasse bilden die Algen von Karlsbad und ähnlicher Quellen, (Leptothrix lamellosa, Matigoclela laminosa und andere) durch ihre reiche Inkretion mit Kali und Magnesiocarbonat; im Johannishbad bildet sich Kalzit nur in künstlich eingedampftem Wasser.

Vortragender erinnerte an die 1857 von ihm ermittelte Thatache, daß eine Solquelle bei Sonderhausen eine große Anzahl oceanischer Diatomeen (Chaetoceros Wighami, Bacillaria paradoxa, Nitzschia Closterium, Pleurosigma aestuarii, Surirella Gemma, Amphipora alata und andere) enthält, während in den Salinen von Reichenhall marine Algen noch nicht beobachtet sind; die Ursache, die auch in der Phanerogamenflora ihr Analogon findet, ist wohl aus geologischen Gründen zu suchen. Eine besondere Klasse bilden die Algen von Karlsbad und ähnlicher Quellen, (Leptothrix lamellosa, Matigoclela laminosa und andere) durch ihre reiche Inkretion mit Kali und Magnesiocarbonat; im Johannishbad bildet sich Kalzit nur in künstlich eingedampftem Wasser.

Baldrian berichtet Prof. Cohn über die wissenschaftlichen Arbeiten des Prof. Georg Hieronymus in Cordova (Argentinien). Derselbe hat im Anschluß an seine Untersuchungen über Centrolepiden sich mit der Entwicklung der Wurzelspitze bei den Gramineen und Cyperaceen beschäftigt, deren Ergebnisse er in folgenden Sätzen resumirt:

1) Der Vegetationspunkt der Wurzel der Gramineen und Cyperaceen wird von einer Scheitelzellgruppe eingenommen, welche im Wesentlichen die Form der einzelnen Scheitelzellen der Farne ic. reproduziert.

2) Dermatogen (Periblem Straßburger) hat mit dem Periblem gemeinsame Initialien.

3) Das Perilem hat besondere, tiefer liegende Initialien.

4) Die Wurzelhaube wird nicht durch Dermatogen-Verdoppelung gebildet, sondern durch eine einfache über den Dermatogen und Periblem-Initialien liegende Zellschicht (cambiales Calyptron) gebildet.

5) Ich bin geneigt, die Zelle, die Tafel III, Fig. 12 und 13 meiner Centrolepiden-Arbeit, für eine Scheitelzelle für den ganzen Wurzelförper von Centrolepis zu halten, während die Calyptron-Zelle hier die Wurzelhaube bildet.

Diese Resultate schließen sich an die inzwischen von Janzenowski publicirten, dem Verfasser noch unbekannt gebliebenen Untersuchungen an.

Zum Vortrag kam hierauf eine von Herrn Lehrer Gerhard in Liegnitz eingeführte Abhandlung über die Grundseen bei Ursdorf, NW von Liegnitz, zwei kleine Seen, welche sich an den Jabolzendorfer und Seedorfer See anreihen, der größere 200 Schritt breit, 300 Schritt lang, der kleinere 5 Stunden entfernt und halb so groß; zwei benachbarte Tiefststufen zeigen auch ein See gewesen zu sein, auch an den Ufern der Grundseen steht es nicht an torfbildenden Pflanzen; der diesmal trockene Sommer gestattete dem Verfasser unter Führung des Lehrer Angermann aus Ursdorf eine Untersuchung der Vegetation und Injectenwelt, aus der wir hier die für die Liegnitzer Flora neue Drosera anglica, ferner Carex limosa, Teretiscula, Calamagrostis stricta und Aspidium cristatum hervorheben. Hieran schloß sich eine Zusammenstellung der Nova aus der jetzt 1052 Arten umfassenden Flora von Liegnitz als Nachtrag zu dem vom Verfasser herausgegebenen Verzeichniß derart.

Ferdinand Cohn, Sekretär der botanischen Section.

s. Waldenburg, 11. November. Zu dem auf der Straße zwischen der Schiffsschiff und dem Juliusbach versuchten Morde. Hierüber wird noch folgendes mitgetheilt: Das Mädchen war in der Wasserung zu Altstädtor beschäftigt und die Schwester eines Einwohners in Hermendorf, bei dem sie sich im Quartier befindet und zu welchem es angedacht war zurückzukehren wollte. Bei dem in der Nähe der Schiffsschiff stehenden, der Weisseiner Gruben-Gewerkschaft gehörenden Verwaltungsgebäude traf das nichts Schlimmes ahnende Mädchen mit dem Manne, von

welchem es kurze Zeit darauf angefallen wurde, zusammen. Nachdem derselbe von dem Mädchen erfahren hatte, daß dieses nach Hermendorf gehe, schloß er sich an, indem er äußerte, er schlägt denselben Weg ein. Es wird erzählt, daß er das Mädchen unterwegs gefragt habe, ob es verheirathet und wie alt es sei. Bloßlich fiel der Mann über das Mädchen her und versteigte ihm mit einem Stein mehrere Schläge auf den Kopf, indem er gewußt haben soll, es müsse sterben. Um den Kopf zu schützen, bedeckte das Mädchen denselben mit den Händen, sodaß noch einige Finger arg verletzt wurden. Schon war die um Hülfe rufende hingetaumelt, als einige Personen des Weges kamen, worauf der Bösewicht die Flucht ergriß, der, wenn er nicht gestört worden wäre, gewiß die Mordthat vollendet hätte. Ein Steiger aus Weisseiner verfolgte den Mann, stürzte jedoch dabei, sodaß leichter entkam. Das Mädchen wurde, wie schon mitgetheilt worden, in ein Gasthaus neben dem Juliusbach gebracht, wo ihm die erste Pflege zu Theil wurde und es den Unwesenden die Person des Mannes beschrieb. — Hier nach trug leichter einen rundlichen Hut und stotterte mit der Sprache. Dieselben Kennzeichen nahm man an einem Manne wahr, der einige Zeit darauf in die Gaststube trat und an welchem ein verstörtes Wesen bemerkte wurde. Als das Mädchen von der Nebenstube aus, in die es gebracht worden war, den Mann erblickte und dessen Stimme hörte, bezeichnete es denselben ganz bestimmt als denjenigen, der es angefallen habe. Der Verhaftete ist aus Salzbrunn. Das Mädchen liegt in Hermendorf schwer verletzt darrnieder; doch hofft man, wie erzählt wird, dasselbe am Leben zu erhalten. Es hat seine Aussage gerichtlich beider.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Die "

Berlin, 11. November. [Prodüctenbericht.] Die Stimmung für Roggen war heute nahezu eine animirte zu nennen, vamentlich war die Kauflust für November so stark, daß die Preise ganz merklich angingen. Roggen wurde auch heute wenig angeboten, die Preise hatten sich durchweg etwas höher — Roggennemhl fest. — Weizen besterte gleichfalls seine Course nicht merklich, obwohl der Begehr sich sehr einschränkte. — Hafer loco etwas starker; nahe Lieferung wurde mehr bezahlt, während entfernte Sichten nur wenig an dem Aufschwung partizipierten. — Rüböl war sehr fest und wesentlich besser bezahlt. — Spiritus bei beschränktem Umsatz in seiter Haltung.

Weizen loco 58—72 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, ordin. gelber — Thlr. bez., gelber — Thlr. bez., inländischer — Thlr. bez. weißer poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. November — Thlr. bez., pr. November-December 61 $\frac{1}{4}$ —62 $\frac{1}{4}$ Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. April-Mai 185—186 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 187—188 Römt. bez., pr. Gefüngt 3000 Einkr. Kündigungspreis 62 Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 50—59 Thlr. nach Qualität gefordert, neuer russischer 54 $\frac{1}{4}$ —55 $\frac{1}{4}$ Thlr. bez., geringer russischer — Thlr. bez., inländischer 56 $\frac{1}{2}$ —58 $\frac{1}{2}$ Thlr. ab und frei Bahn bez., geringer inländischer — Thlr. bez., poln. — Thlr. bez., pr. November 53 $\frac{1}{4}$ —53 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pr. November-December 51 $\frac{1}{4}$ —51 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Frühjahr 148 $\frac{1}{2}$ —149—148 $\frac{1}{2}$ Römt. bez., pr. Mai-Juni — Römt. bez., Gefüngt — Eine Kündigungspreis — Thlr. — Gerste loco 50—65 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 53—64 Thlr. nach Qualität gefordert, böhmischer — Thlr. bez., sächsisch 57—60 Thlr. bez., westpreußischer 57—60 Thlr. bez., neuer russischer 58—60 Thlr. bez., tschechischer — Thlr. bez., ungarisches und galizisches 58—57 Thlr. bez., pommerisch 60—62 Thlr. ab Bahn bez., mecklenburger 60—62 Thlr. ab Bahn bez., pr. November 58—59 Thlr. bez., pr. November-December 57 $\frac{1}{4}$ —58 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., per Frühjahr 169 $\frac{1}{2}$ —170 Römt. bez., pr. Mai-Juni — Römt. bez., Gefüngt 4000 Ekr. Kündigungspreis 55 $\frac{1}{2}$ Thlr. — Erbsen: Kochware 67—75 Thlr. bez., Gutserwe 61—66 Thlr. bez., Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unversteuert 9 $\frac{1}{2}$ —9 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0: 8 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{4}$ Thlr. Nr. 0 und 1 8—8 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. November 8 Thlr. bis 7 Thlr. 29 Sgr. bez., pr. November-December 7 Thlr. 23 Sgr. bez., pr. Januar 22,8 9 Römt. bez., pr. Januar-Februar 22,6—7 Römt. bez., pr. Februar-März 22,6—7 Römt. bez., pr. März-April — Römt. bez., pr. April-Mai 22,3 Römt. bez., pr. Mai-Juni — Römt. bez., Gefüngt — Eine Kündigungspreis — Thlr. — Sgr. — Delfsäaten: Raps — Thlr. Rüböl — Thlr. nach Qualität — Rüböl per 100 Kilo netto loco 18 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., mit Fas — Thlr. bez., pr. November 18 $\frac{1}{2}$ —18 $\frac{1}{4}$ Thlr. bez., pr. November-December 18 $\frac{1}{2}$ —18 $\frac{1}{4}$ Thlr. bez., pr. December — Thlr. bez., pr. April-Mai 58—58,5 Rüböl bez., pr. Mai-Juni 59—58,5 Römt. bez., Gefüngt — Eine Kündigungspreis — Thlr. — Leinol loco — Thlr. — Petroleum per 100 Kilo. incl. Fas 7 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pr. November 7 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pr. November-December 7 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Römt. bez., pr. April-Mai — Thlr. bez., Gefüngt 900 Römt. Kündigungspreis 7 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Spiritus pr. 10,000 Liter loco „ohne Fas“ 18 Thlr. 27 Sgr. bez., „mit Fas“ pr. November 18 Thlr. 19 Sgr. Br., pr. November-December 18 Thlr. 10—12 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Römt. bez., pr. April-Mai 56,8—57 Römt. bez., pr. Mai-Juni 57,4—57,5 Römt. bez., pr. Juni-Juli 58,6 Römt. bez., pr. Juli-August 59,8 Römt. bez., Gefüngt — Eier. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

* Breslau, 12. Novbr. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Verm. Am heutigen Marte war der Geschäftsvorlehr von feiner Bedeutung bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen war gut verträglich, pr. 100 Kilogr. schlechter weißer 5 $\frac{1}{2}$ bis 6 $\frac{1}{2}$ Thlr., gelber 5 $\frac{1}{2}$ bis 6 $\frac{1}{2}$ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei reichlichem Angebot ruhiger, pr. 100 Kilogr. 5 $\frac{1}{2}$ bis 6 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur seine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. 5 $\frac{1}{2}$ bis 5 $\frac{1}{2}$ Thlr., weiße 5 $\frac{1}{2}$ bis 5 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Hafer unverändert, pr. 100 Kilogr. 5 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{1}{4}$ bis 5 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Erbsen matter, pr. 100 Kilogr. 6 $\frac{1}{2}$ bis 7 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Widen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 5 $\frac{1}{2}$ bis 6 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Lupinen sehr fest, pr. 100 Kilogr. gelbe 4 $\frac{1}{2}$ bis 4 $\frac{1}{2}$ Thlr., blaue 4 $\frac{1}{2}$ bis 4 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Bohnen unverändert, pr. 100 Kilogr. 7 $\frac{1}{2}$ bis 7 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Mais blieb angeboten, pr. 100 Kilogr. 4 $\frac{1}{2}$ bis 4 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Delfsäaten gut verträglich.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Br.

Schlag-Leinsaat. 7 15 — 8 7 6 8 17 6

Winter-Raps. 7 15 — 7 27 6 8 2 6

Winter-Rüböl. 7 5 — 7 12 6 7 22 6

Sommer-Rüböl. 7 5 — 7 15 — 7 25 —

Leindotter. 7 5 — 7 10 — 7 20 —

Rapsuchen gut häufig, schlechteste 75—77 Sgr. per 50 Kilogr.

Leinsamen matter, schlechteste 108—110 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleefsaat — schwach gefragt, — neue rothe ordinaire 12—13 Thlr.

mittle 13 $\frac{1}{2}$ —13 $\frac{1}{2}$ Thlr., keine 14—14 $\frac{1}{2}$ Thlr., hochreine 15 $\frac{1}{2}$ —16 Thlr. pr. 50 Kilogr., — weise wenig zugeführt, ordinaire 15—16 Thlr., mittle 17—18 Thlr., keine 18 $\frac{1}{2}$ —19 Thlr., hochreine 19 $\frac{1}{2}$ —21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Hühnchen ohne Umzah, 9—10—11 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Mehl unverändert, pr. 100 Kilogr. übersteuert Weizen: kein 10 bis 10 $\frac{1}{2}$ Thlr., Roggen: kein 9 $\frac{1}{2}$ —9 $\frac{1}{2}$ Thlr., Haubtaden 8 $\frac{1}{2}$ bis 8 $\frac{1}{2}$ Thlr., Roggen-Futtermehl 4 $\frac{1}{2}$ —4 $\frac{1}{2}$ Thlr., Weizenkleie 3 $\frac{1}{2}$ —4 Thlr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 12. November. Bismarck ist gestern Abend 12 Uhr hier eingetroffen.

Paris, 11. November. Abends. „Havas“ bestätigt, daß der spanische Gesandte der französischen Regierung am Montag die Anmenheit Don Carlos in Hendaye anzeigen; er bezeichnete das Haus, in welchem Carlos sich aufhalte. Die von der französischen Regierung sofort angeordneten Recherchen waren resultlos. Dies wurde unverzüglich der spanischen Gesandtschaft offiziell angezeigt. Eine Depesche der Carlisten aus Lastraola vom Mittwoch meldet: Carlos besichtigte die Truppen unter dem Zuruf der Freiwilligen und brachte die Nacht Angehörige des Feindes im Lager von Alstigarraga zu.

Paris, 11. November. Abends. Decazes wird demnächst dem türkischen Botschafter eine ausführliche Antwort auf die Mittheilungen betreffs der rumänischen Handelsverträge zugehen lassen und gleichzeitig den französischen Geschäftsträger in Konstantinopel anweisen, dieselbe Erwiderung der türkischen Regierung zuzustellen.

Paris, 11. November. Der von 33 Mitgliedern des Generalrats des Seine-Departements gestellte Antrag, nach welchem der Elementarunterricht gratis und obligatorisch sein und der Kirche entzogen werden soll, wurde an eine Commission verwiesen. — Der Municipalrat desselben Departements hat durch Übergang zur Tagesordnung den Antrag auf Bewilligung von Diäten für die Municipalräthe abgelehnt.

Paris, 12. November. In der Ecole Medecine fanden gestern neue Demonstrationen der Studenten gegen Professor Chauffard statt.

Ein Theil der Besatzung Truns zog den über Fuentarabia von der Bai heranrückenden Regierungstruppen entgegen.

Hendaye, 11. November. Abends. Die befestigten Stellungen der Carlisten bei Irun wurden von den Regierungstruppen unter Laserna besetzt, welcher mit seiner Abtheilung in Irun einzuziehen wird.

Hendaye, 11. November. Abends. Die Regierungstruppen nahmen gestern den Berg San Maeso. Im Gebirge wurde in der Richtung auf Ocharzun ein lebhaftes Feuer gehör. Man hofft, die Regierungstruppen gelangen heute nach Irun hinein.

London, 11. November. Erzbischof Manning begiebt sich, wie neuerdings verlautet, zu Anfang nächster Woche nach Rom, wohin ihm mehrere englische Bischöfe bereits vorausgereist sind.

Berliner Börse vom 11. November 1874.

Wechsel-Course.									
Amtshaus-am-2501. 8 L. 134 $\frac{1}{2}$	144 $\frac{1}{2}$	bz							
do. do. 2 L. 3 $\frac{1}{2}$	143 $\frac{1}{2}$	bz							
Augsburg 169 Fl. 2 M. 56,20	56,20	G							
Frankf. M. 100 Fl. 2 M. 5	59 $\frac{1}{2}$	G							
Leipzig 109 Thlr. 8 T. 5 $\frac{1}{2}$	59 $\frac{1}{2}$	G							
London 1 Lst. 3 M. 4	6,22 $\frac{1}{2}$	bz							
Paris 300 Eros. 8 T. 4	81 $\frac{1}{2}$	B							
Petersburg 1000. 3 M. 5 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$	bz							
Warschau 90 SE. 8 T. 4	59 $\frac{1}{2}$	bz							
Wien 150 Fl. 8 T. 4	91 $\frac{1}{2}$	bz							
do. do. 2 M. 4 $\frac{1}{2}$	91 $\frac{1}{2}$	G							

Eisenbahn - Stamm - Actionen.									
Städ. pro 1872	1873	Zf.							
Aachen-Märkisch. 1	1 $\frac{1}{4}$	4	30 $\frac{1}{2}$	bzG					
Berg.-Märkische. 6	3	4	84 $\frac{1}{2}$	bz					
Berlin-Aarbahn. 17	16	4	145	bz					
do. Dresden. 5	5	5	61 $\frac{1}{2}$	bz					
Borsig-Görlitz. 3 $\frac{1}{2}$	2	4	79	bz					
Berlin-Hamburg. 12	10	4	190	bzG					
Berl. Nordbah. 5	5	5	19 $\frac{1}{2}$	G					
Berl. Potted. Magd. 8	4	4	100	bzG					
Berl.-Stettin. 12 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$	4	143 $\frac{1}{2}$	bz					
Böhmer-Westbah. 5	5	5	91 $\frac{1}{2}$	bz					
Breslau-Freib. 7 $\frac{1}{2}$	8	4	100	bz					
do. neue 5	5	5	100	bz					
Cöln-Minden. 97 $\frac{1}{2}$	84 $\frac{1}{2}$	22	129 $\frac{1}{2}$	bz					
do. neue 5	5	5	108 $\frac{1}{2}$	bzG					
Cöln-Kassel. 6	6	6	16	bz					
Dux-Bodenbach. 6	0	4	36 $\frac{1}{2}$	b					